

Arbeitsbericht 2013

CDU-Fraktion im Regionalverband Ruhr



Metropole Ruhr: Region der neuen Chancen

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN, LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

gemeinsam sind wir stark, sollte eigentlich das Motiv für regionales Handeln in der Metropole Ruhr sein. Wer kürzlich die Immobilienmesse ExpoReal in München besucht hat, war erstaunt, wie viel Metropolregionen es inzwischen in der Republik gibt. Unser Beispiel macht Schule, also kann es so schlecht nicht sein. Wir müssen nur aufpassen, dass wir in dem Wettbewerb der Regionen um Standorte und Investitionen unsere Stärken auch ausspielen.

Stärke, Qualität und Exzellenzen ergeben sich nicht aus zahlenmäßiger Größe. Die Vielzahl der in München - nicht gerade innovativ - präsentierten Projekte aus den 53 Kommunen der Region schafft nicht die Attraktivität, die Investoren anzieht. Wir müssen den Mut aufbringen, Prioritäten zu bilden und uns auf diese konzentrieren. Daraus müssen Schlagzeilen

entstehen, die ein positives Image der Region national und international bewirken. Es kommt nicht von ungefähr, dass nach der letzten Statistik von den 150 Auslandsinvestitionen in NRW nur ein verschwindend geringer Teil bei uns stattfindet.

Wir ändern dies nur, wenn wir die regionale Ebene, die Region stärken - wie es der letzte Bezirksparteitag beschlossen hat. In intensiven Gesprächen mit Rot-Grün haben wir hierzu einen parteiübergreifenden Konsens gefunden. Wenn der Regionalverband Ruhr, 93 Jahre nach seiner Gründung, Plattform der regionalen Zusammenarbeit, Sprachrohr und Interessenvertreter der Region sein soll, müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen geändert werden. In der öffentlichen Diskussion können wir stolz darauf hinweisen, dass wir bei diesem Anliegen die Unterstützung unserer Landtagsfraktion haben.

Die Resolution des Ruhrparlaments vom 10. März 2013 ist bis heute ohne Antwort aus der Düsseldorfer Staatskanzlei und der Landtagsfraktionen von Rot und Grün. Frau Kraft aus Mülheim an der Ruhr scheint mit ihrer Heimatregion wenig am Hut zu haben.

Wir bleiben am Ball - wir vertreten die Ruhrgebietspartei.

Im Namen der Mitglieder der Fraktion wünsche ich einen erfolgreichen Parteitag.

Ihr



Roland Mitschke, Vorsitzender der CDU-Fraktion im RVR

Inhaltsverzeichnis

Steinkohlekraftwerk Datteln IV	4
„Dekade der Projekte“	5
A 52-Placebo-Paket	6
Speed Of Light Ruhr	7
Radschnellweg Ruhr	8
L 104: Kirchhellen-Schermbeck	9
Kürzungen beim Straßenbau	11
Gewerbeflächen Ruhr	12
Regionaler Diskurs dauert	13
Rot-Grün bewerkstelligt nichts	14
Novellierung des RVR-Gesetzes stockt	16
Resolution zum RVR-Gesetz	18
Mitglieder der CDU-Fraktion im RVR	21
Impressum & Bildnachweis	23

Dieser Arbeitsbericht ist auf der Internetseite www.cdu-ruhr.de als PDF-Dokument verfügbar oder über diesen Link:

<http://bit.ly/199CSTZ>



Steinkohlekraftwerk Datteln IV

Sachstand zur 7. Änderung für den Gebietsentwicklungsplan Teilabschnitt Emscher-Lippe

Regionalplanungs- behörde hält Zielabweichung für zulässig

Am 5. Juli 2013 hat das Ruhrparlament bei der Landesregierung ein Zielabweichungsverfahren für das Steinkohlekraftwerk Datteln IV beantragt. Zuletzt war es noch zu Verzögerungen gekommen, da Unterlagen aus dem Landesumweltministerium nicht rechtzeitig vorlagen. Die Regionalplanungsbehörde des RVR gelangt zu der Ansicht, dass das Steinkohlekraftwerk Datteln IV errichtet werden kann, sofern die Landesregierung die mit seiner Abweichung verbundene Zielabweichung genehmigt. Diese Zielabweichung hält die Regionalplanungsbehörde für zulässig. Gegen die Stimmen von Bündnis'90/Die Grünen und Die Linke, ein entsprechendes Zielabweichungsverfahren bei der Landesplanungsbehörde in der Staatskanzlei zu beantragen und zeitgleich mit dem Vorhabenträger E.ON einen raumordnerischen Vertrag zu schließen, mit dem einige weitere Maßnahmen des Konzerns rechtlich abgesichert werden.

Keine Fristen zur Prüfung eines Zielabweichungs- verfahrens durch die Landesregierung

Nun liegt die Entscheidung in den Händen der rot-grünen Landesregierung von Hannelore Kraft (SPD). Erstaunlicherweise hat die Landesregierung für die Prüfung des Antrags beliebig Zeit. Erst die Verfahrensschritte danach sind an Fristen gebunden. Die Bundestagswahl ist bereits über die Prüfung der Unterlagen des RVR verstrichen.



Baustelle des Steinkohlekraftwerks Datteln IV

„Dekade der Projekte“

Projekt der europäischen Umwelt degeneriert zum Haufen beliebiger Aktivitäten

Im Juni 2011 beschloss die Verbandsversammlung des RVR, sich nach den erfolgreichen Projekten der Internationalen Bauausstellung EmscherPark (IBA EmscherPark) und der Europäischen Kulturhauptstadt Ruhr.2010 auf den Weg zu einem neuen „Dekadenprojekt“ zu machen. Anknüpfend an die erste Regierungserklärung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD), die sich für eine Klima-Expo aussprach, wollte die Region sich auf den Weg machen, um "Grüne Hauptstadt Europas" zu werden, wie es Hamburg 2011 war. Von diesem Projektansatz ist nichts übrig geblieben. Zwei Jahre später sind keine Erfolge erkennbar.

Zwischenzeitlich hat es unnötige Konflikte gegeben. Im Auftrag einiger Kommunen wurde eine Studie bestellt, die belegte, dass der RVR nicht selber Bewerber werden könne. Die Frage der Trägerschaft stand im Kern des Gezänks. Bei der Kulturhauptstadt hatte eine Abstimmung im Ruhrparlament Essen den Vorzug vor Bochum als Bannerträger für eine regionale Bewerbung gegeben. Soviel Gemeinsinn scheint nicht mehr vorhanden zu sein. Mittlerweile ist klar, dass das Dekadenprojekt der Ministerpräsidentin in Form einer Weltausstellung für die Themenbereiche Umwelt und Klimaschutz nicht dasselbe Projekt für die Region meint. Um Exzellenzen geht es der Landesregierung nicht, sondern um eine gleichmäßige Beteiligung aller mit der Gießkanne. Diese Beliebigkeit führt schnell in eine Sackgasse, wie zum Beispiel bei der Bewerbung des Landes als Modellregion für Elektromobilität. Hier hätte eine Konzentration auf eine Modellregion geholfen, um den Zuschlag zu bekommen.

Vom Dekadenprojekt bleibt der Metropole Ruhr jetzt lediglich ein "Schaufenster Ruhr" und der umweltpolitisch thematisch zweifelhaft zugeordnete "Day of Song" aus dem Kulturhauptstadtprojekt zu Marketingzwecken. Eine Präsentation für Bundesumweltminister Peter Altmaier entlarvte die Beliebigkeit dieser Zuordnungen. Die RVR-Verwaltung hat die Resolution für ein "Dekadenprojekt" inzwischen umgedeutet zu einer "Dekade der Projekte". Das ist nichts. Projekte gibt es immer und überall. Rot-Grün hat es nicht geschafft, dem Verband ein neues Ziel zu geben.

**Realistisches
Nachfolgeprojekt für
die Kulturhauptstadt
Ruhr.2010 gesucht**

**Dekadenprojekt der
Landesregierung ist
nicht das Dekaden-
projekt des RVR**

**Dekadenprojekt wur-
de zum Schaufenster**

A 52-Placebo-Paket

Landesbauminister Michael Groschek (SPD) interessieren die regionale Belange nicht

"Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Verkehrssituation im Ruhrgebiet" nennt sich ein Bündel von Einzelmaßnahmen von Bauarbeiten an Autobahnauffahrten bis zu Fahrradwegen, das Landesverkehrsminister Michael Groschek (SPD) im Sommer vorstellte. Es ist als Placebo gedacht um zu vertuschen, dass die Landesregierung nicht den Mut hat das zentrale Problem der fehlenden Nord-Süd-Autobahnverbindungen in der Metropole Ruhr anzugehen: den Lückenschluss der A52. Rot-Grün in NRW hat die Ampel auf Stopp geschaltet für das regional bedeutsame Projekt im Norden von Essen und in Gladbeck. Zur Untersuchung für den Bundesverkehrswegeplan wurden Abschnitte der A 52 zwecks Ausbaus angemeldet. Werden die Stücke jedoch auf einer Karte markiert, dann fällt es auf. Die Abschnitte zwischen A40 und A42 und nördlich der A2 zur A52 fehlen.

Votum der RVR-Verbandsversammlung wird ignoriert

Michael Groschek folgt mit dem Erhalt der Lücke in der A52 grünen Wünschen nach Verhinderung des Baus. Regionale Forderungen nach Bau der A 52, so vom Ruhrparlament auf Antrag der CDU auch mit Stimmen der SPD beschlossen, ignoriert er. Mit einem Placebo will er Schmerzen mildern. Die betroffenen politischen Akteure sind noch nicht einmal dort eingebunden, wo sie am Placebo mitwirken sollen. Zwar ist das Ruhrparlament als Regionalrat "nicht unmittelbar" betroffen, wie die Bezirksregierungen auf eine Anfrage der CDU-Fraktion im RVR formulierten, aber mittelbar ist er es. Mehrere Maßnahmen bedürfen bei der Umsetzung mindestens einer Beratung durch die Gremien des RVR. Welch sinnlos erscheinende Beteiligung, wenn das Ergebnis schon vom Minister vorgegeben ist.

Minister begründet nicht einmal abweichende Beschlüsse

Wie Landesverkehrsminister Groschek zu den Regionalräten steht belegt eine weitere Antwort der Bezirksregierungen an die Mitglieder des Ruhrparlaments zum Bundesverkehrswegeplan. In §9 Abs. 4 LPIG heißt es: "Weicht das für den Verkehr zuständige Ministerium von den Vorschlägen des Regionalrates ab, ist dies in einer Stellungnahme zu begründen." Hierzu die Bezirksregierungen: "Die Bezirksregierungen hatten das Verkehrsministerium bereits hierum gebeten. Eine Stellungnahme liegt den Bezirksregierungen noch nicht vor."

Speed Of Light Ruhr

Künstlerische Performance zur Generierung von Bildern aus der Metropole Ruhr

Speed Of Light—so lautete der Titel von drei Aufführungen von 120 Marathonläufern in designten LED-Lichtanzügen, die Anfang Oktober 2013 nach Einbruch der Dunkelheit durch den Emscher Landschaftspark joggten. Was dabei heraus kam, hatte nichts mit einer Star Trek-gleichen Geschwindigkeitseinheit wie Warp oder SOL (=speed of light in der ersten deutschen Synchronfassung) zu tun, sondern mehr mit Langsamkeit. Die Dauer einer nächtlichen Belichtung durch ein Kameraobjektiv, das zwangsläufig auf ein Stativ montiert sein musste, brachte erst das Kunstwerk hervor. Aus LED-Lichtpunkten werden durch Dauerbelichtung, die der nächtliche Hintergrund erfordert, aus Punkten Linien. Aus der Choreografie vieler Läufer werden Muster.

Nach Yokohama, Manchester, Glasgow und Edinburgh machte die Lichtkunstgruppe um Angus Farquhar mit dem Akronym NVA in der Metropole Ruhr halt mit einem Ziel: Bilder von der Metropole zu kreieren, Bilder die in Film-, Print- und Online-Medien weltweit verbreitet werden. Dazu haben einige tausend Besucher beigetragen.



Langzeitaufnahme der Performance ‚speed of light‘ (Bild. RTG)

Radschnellweg Ruhr

Irritationen durch eine Machbarkeitsstudie

Machbarkeitsstudie vom Bund gefördert

Mit Geldern des Bundesverkehrsministeriums lässt der RVR derzeit eine Machbarkeitsstudie für einen Radschnellweg Ruhr von Hamm nach Duisburg erstellen. Die Machbarkeitsstudie hat in ihren Vorstufen bereits mehrere Probleme der Streckenführung und damit eng verbunden mit der Höhe der ermittelten Kosten identifiziert. Über die Realisierung des Projekts ist bisher nicht entschieden und das wird voraussichtlich noch etwas dauern.

Irritationen zur Machbarkeitsstudie ergeben sich regelmäßig daraus, dass in der Berichterstattung davon ausgegangen wird, dass der Radschnellweg auch gebaut wird. Die Machbarkeitsstudie hat gerade auch die Aufgabe, die Kosten zu schätzen und günstigere Alternativen aufzuzeigen. Wesentliches Element hierbei ist die Streckenführung entlang der Achse Hamm - Dortmund - Bochum - Essen - Duisburg.

Trasse der ehem. Rheinischen Bahn als Grundlage

Es zeigt sich derzeit, dass der Radschnellweg dort günstig erstellt werden kann, wo hinreichend breite, offen gelassene Eisenbahntrassen vorhanden sind. Insbesondere die Trasse der Rheinischen Bahn von Essen über Mülheim an der Ruhr bis nach Duisburg ist bereits teilweise als Radweg umgearbeitet und ermöglicht eine schnelle Verbindung, parallel zur A40 verlaufend.

Planungsprobleme in Dortmund und Bochum

Deutlich schwieriger stellen sich jedoch die Probleme in Dortmund dar. Bisherige Vorschläge gehen von mehreren Brückenbauwerken aus. Hier ist fraglich, ob die Kosten in einem günstigen Verhältnis zum Nutzen stehen. Allerdings wird noch nach anderen Varianten zur Trassenführung gesucht. Ebenso gilt dies für Bochum, wo der Radschnellweg durch oder an der Innenstadt vorbei muss.

Der Sinn der vom Bund geförderten Machbarkeitsstudie ist zu prüfen, ob so ein Radschnellweg durch einen Ballungsraum zu vertretbaren Kosten realisierbar ist. Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) hat sicher sehr interessiert an dem Projekt gezeigt.

L104: Kirchhellen-Schermbbeck

Zunächst keine Mehrheit für höhere Priorität des Radwegs an einer Landesstraße

"Leider ist unser Antrag von anderen Fraktionen im RVR abgelehnt worden, die Verwaltung mit einer Begründung zu beauftragen, um zum Jahresende den Bau des notwendigen Radwegs entlang der L104 zwischen Kirchhellen und Schermbeck anderen Maßnahmen voranzustellen" erklärt Heinz-Peter Kamps, Mitglied der Verbandversammlung des RVR aus dem Kreis Wesel. "Die Entscheidung des Ruhrparlaments verschließt aber noch nicht alle Chancen, bei der Vorlage des neuen Bauprogramms 2014 etwas für die Verkehrssicherheit in Kirchhellen und Schermbeck zu erreichen", so Heinz-Peter Kamps weiter. Zum Jahresende 2014 wird der Regionalverband Ruhr das vom Landesbetrieb Straßen.NRW erstellte und abzuarbeitende Radwegeprogramm für das Folgejahr vorlegen.

"Der Radweg an der L104 stellt sich als schwierig dar, da er in die Zuständigkeit verschiedener Zweigniederlassungen des Landesbetriebs und zweier Bezirksregierungen fällt. Das verstärkt die Probleme bei der Umsetzung der Maßnahme noch. Ortskennt-

Radweg an einer Landesstraße

Zuständigkeit von zwei Bezirksregierungen und zwei Niederlassungen von Straßen.NRW



Universitätsviertel Essen, Ausgangspunkt des Radwegs der ehem. Rheinischen Bahn

Im November wird nochmal beraten

nis hilft in diesem Fall, das Problem zu sehen und die Verwaltungsprobleme anzugehen", erläutert Heinz-Peter Kamps, der mit der CDU-Fraktion erst im Sommer wieder die L104 vor Ort per Rad besichtigt hat. Sein Dank gilt auch dem SPD-Vertreter aus dem Kreis Wesel, der sich bei der Abstimmung anders als seine Fraktion enthielt. Die Stellungnahme des Abteilungsleiters von der Bezirksregierung Düsseldorf in der Sitzung gibt den Anlass zu hoffen, denn dieser wies darauf hin, dass der Regionalrat, sprich der RVR bei der Bestimmung der zu fördernden Maßnahmen die Priorisierung auch aus „regionalpolitischen Gründen“ verändern kann.

Heinz-Peter Kamps abschließend: "Wir werden das Brett weiterbohren, dies gilt vor allem bei der Vorlage des neuen Bauprogramms im November."



Hinweisschild auf die Route der Industriekultur per Rad, Bottrop Hbf

Kürzungen beim Straßenbau

Straßenbauprogramm des Landes und Beteiligung der Regionalräte werden ausgehöhlt

Die rot-grüne Landesregierung hat erhebliche Kürzungen beim Straßenbau vorgenommen. Auch der Regionalverband Ruhr (RVR) spürt dies. Als für die Metropole Ruhr zuständiger Regionalrat berät das Ruhrparlament über die Priorisierung der kleinen Straßenbauprogramme des Landes.

Als einer der Gründe für Kürzungen verwies die Landesregierung zu Jahresbeginn auf fehlende Mittel vom Bund. Richtig ist, dass im Rahmen der Föderalismusreform zwischen Bund und Ländern vereinbart wurde, Mischfinanzierungen zu beenden. Dazu gehört auch eine Beteiligung des Bundes am kommunalen Straßenbau. Das Abschmelzen der Gelder bis 2019 wurde festgeschrieben, im Gegenzug erhielten die Bundesländer Gelder für andere Politikbereiche. Allerdings hat es die rot-grüne Landesregierung unterlassen, ersatzweise Gelder für Gemeindestraßen zur Verfügung zu stellen. Das ist nicht im Sinne der Reform.

Weitere Verhandlungen zwischen Bund und Ländern, konkret zur Finanzierung der Fluthilfen 2013, führten dazu, dass der Bund eine Finanzierungszusage bis 2020 in gleicher Höhe gab. Es handelt sich um ein Zugeständnis der Bundesregierung an den Bundesrat für eine Zustimmung an anderer Stelle. Zwar sollen diese Gelder für den Straßenbau in NRW 1:1 an die Kommunen weitergegeben werden. Auf Nachfrage erfuhr die CDU-Fraktion 2013 jedoch, dass dies im aktuellen Jahr nicht vorgesehen sei. Das ist schon ein starkes Stück. Erst wird in Leugnung der politischen Verantwortung des Landes mit dem Finger nach Berlin gezeigt, aber wenn dann doch Geld kommt, dann wird es nur verzögert weitergegeben. Durch Verzögerungen bei der Realisierung von Bauprojekten besteht zudem die Gefahr, dass existierende Planfeststellungsbeschlüsse ihre Gültigkeit verlieren. Viele Straßenbauprojekte benötigten dann ein weiteres, neues Planfeststellungsverfahren. Ist es das Ziel der Landesregierung, darüber weiteren Straßenbau zu verhindern? - Auf jeden Fall höhlt die Landesregierung die Rechte der Regionalräte mit solch einem Vorgehen aus. Eine ersatzweise Beteiligung an der Priorisierung von Straßenmodernisierungsmaßnahmen ist nicht vorgesehen.

Landesregierung kompensiert vereinbartes Ende der Mischfinanzierung nicht

Bundesregierung verlängert Leistungen an Kommunen für Straßenbaumaßnahmen

Land verzögert Programmaufstellung

Kein Nachtragsprogramm 2013

Gewerbeflächen Ruhr

Zukünftiges Gewerbeflächenpotenzial der Region ist derzeit Thema in allen Gremien

Vorrang des Brachflächenrecyclings

Seit Jahren gibt es einen auch von der regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaft metropol Ruhr GmbH diagnostizierten Mangel an Gewerbe- und Industrieflächen in der Metropole Ruhr. Vielfach stehen ausgewiesene Flächen u. a. aus topographischen Gründen nicht zur Verfügung. Für den neuen, dann einheitliche Regionalplan der Metropole Ruhr erwartet die CDU-Fraktion im RVR, dass es zu Flächentauschen kommt. Im Sinne der Beschlussfassung des Bezirksparteitags der CDU Ruhr soll auch hier die Wiedernutzung von Brachflächen — nicht nur ehemaligen Montanflächen — Vorrang haben.

Flächenpotentiale: newPark Opel-Werke outokumpu Westfalia

Über die Erarbeitung eines neuen Regionalplans hinaus befassen sich die Gremien des RVR mit verschiedenen Flächenpotentialen. Der RVR moderiert im Ennepe-Ruhr-Kreis ein Verfahren mit dem Ziel, interkommunale Gewerbegebiete zu entwickeln. Das von der rot-grünen Landesregierung fallen gelassenen NewPark-Projekt im Kreis Recklinghausen wird von der CDU-Fraktion im RVR begleitet, wie auch die Entwicklung der 160 ha freiwerdenden Gewerbe- und Industrieflächen der Opel-Werke in Bochum sowie des Edelstahlproduzenten Outokumpu, ehemals ThyssenKrupp Nirosta. Keine dieser Flächen darf alleinstehend betrachtet werden. Das zeigt im positiven Sinn bereits das Interesse des Ennepe-Ruhr-Kreises an der Nutzung von Opel-Flächen, die in der benachbarten Stadt Bochum liegen. Auch die Fläche der ehemaligen Westfalahütte in Dortmund strahlt über die Stadt hinaus in den Kreis Unna.

Änderungen im BauGB und im Landesentwicklungsplan (LEP)

Die Entwicklung von Gewerbe- und Industrieflächen, aber auch Siedlungsflächen, wird maßgeblich durch Vorgaben im jüngst novellierten Bau-Gesetzbuch und im derzeit im Entwurf vorliegenden neuen Landesentwicklungsplan bestimmt. Abzusehen ist eine deutliche erschwerte Umwidmung von Grün- und Agrarflächen, so das novellierte BauGB. Das ist ganz im Sinne des Programms „Allianz für die Fläche“, mit der der Flächenverbrauch in NRW auf 5 ha/Tag reduziert werden soll. Um ein attraktiver Standort zu bleiben, müssen Brachflächen schneller reaktiviert werden.

Regionaler Diskurs dauert

Neuer Regionalplan Ruhr wird erst nach 2015 fertig

Es war eine beiläufige Bemerkung von Martin Tönnies (Grüne, Bereichsleiter Planung des RVR), dass der neue Regionalplan Ruhr nicht bis zum 31.12.2015 fertig werde. Auf dieses Datum hinaus hatte die RVR-Verwaltung bisher geplant. Das Datum ist von besonderer Bedeutung, da laut Landesplanungsgesetz (LPIG) der Regionalverband Ruhr die Kompetenz für den Regionalplan vollständig übernehmen sollte. ‚Vollständig‘ umfasst auch das Gebiet der Planungsgemeinschaft der Städte Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Gelsenkirchen, Essen, Bochum und Herne. Hier gilt noch der regionale Flächennutzungsplan (RFNP), der 2009 aufgestellt wurde. Er führt kommunale Flächennutzungsplanung und Regionalplan in einem Werk zusammen. Für Anfang November hat die RVR-Verwaltung jetzt den ersten Entwurf für die Ziele des neuen Regionalplan angekündigt.

Frist 31.12.2015 wird nicht eingehalten

Eine spätere Verabschiedung des neuen Regionalplans bedeutet, dass die Regionalplanungsbehörde des RVR weiterhin mehrere Regionalpläne für das Ruhrgebiet bewirtschaften muss, die noch von den Bezirksregierungen Arnsberg, Düsseldorf und Münster erarbeitet wurden.

Alte Regionalpläne müssen weiter bewirtschaftet werden



Rot-Grün bewerkstelligt nichts

Kein Vorankommen auf vielen Themengebieten

Als Zusammenschluss der 53 Städte und Gemeinden der Metropole befasst sich der RVR als Gebietskörperschaft mit vielen unterschiedlichen Themen. Auch wenn Rot-Grün derzeit die Mehrheit im Ruhrparlament, im Landtag und auch in zahlreichen Mitgliedskommunen stellt, so ist auffällig, für wie viele Themen die Genossen und die Grünen keine Lösungen hinbekommen. Dabei sollte doch der kleine Dienstweg zu Freunden genügen. Hier ein paar Beispiele.

Revierpark- und Freizeitgesellschaften

Freizeitgesellschaften leiden

Die Regionaldirektorin Karola Geiß-Netthöfel preschte im zweiten Quartal 2013 mit einem alten Vorschlag zur Konsolidierung der Revierpark- und Freizeitgesellschaften vor. Sie sollten alle in einer Gesellschaft zusammengefasst werden. Das war in der Vergangenheit bereits gescheitert, da das kommunale Interesse gering ist, den Einfluss auf die heimischen Freizeiteinrichtungen gegen einen Kleinstanteil an einem regionalen Freizeitkonzern zu tauschen. Eine nähere Betrachtung zeigte auch finanzielle Probleme einer solchen Lösung auf, zum Beispiel mit der Grunderwerbssteuer.

Untauglicher neuer, alter Vorschlag

Besucherzahlen sinken weiter

Die Besucherzahlen in den Revierparks- und Freizeitgesellschaften, u. a. mit den dort unterhaltenen Bädern, sinken weiter. Seit mehr als 10 Jahren ist der Missstand benannt. Allein, es tut sich nichts. Der im Frühjahr neu gestartete Prozess ist bereits gescheitert. Es bleibt zu hoffen, dass endlich eine von der CDU-Fraktion geforderte Gesellschaft entsteht, die gemeinsame Aufgaben bündelt, zum Beispiel beim Einkauf, Energieeinkauf und der Personalabrechnung. Das könnte besser die Gesundheitsmanagementfirma des RVR werden, die den örtlichen Gesellschaften zuarbeitet. Ein Ergebnis ist derzeit nicht abzusehen.

Personalausstattung der Regionalplanungsbehörde

Im Vergleich zu den Regionalplanungsbehörden bei den Bezirksregierungen ist die- selbige beim RVR personell unterbesetzt. Sie muss nicht nur einen neuen Regional- plan ausarbeiten, sondern auch Planungsprojekte bearbeiten, von denen das größte derzeit das Steinkohlekraftwerk Datteln IV darstellt.

Seit mehr als einem Jahr werden vom RVR Gespräche geführt, die Personalausstat- tung zu verbessern und den anderen Planungsbehörden anzupassen. Es geht um eine staatliche Aufgabe, die aufgrund des Konnexitätsprinzips vom Land zu finan- zieren ist. Bisher liegt kein Ergebnis vor.

Konnexität beachten!

Finanzierung der Arbeit als Regionalrat

Ähnlich stellt sich die Finanzierung der Regionalratsarbeit dar. Hier hatte das Land nach Übertragung der Regionalplanungskompetenz auf den RVR Einsparpotentiale bei den bisher zuständigen Regionalräten gefunden und genutzt. Allerdings werden die Gelder für die Arbeit des RVR benötigt. Es ist nicht einzusehen, dass der RVR aus den Beiträgen seiner Mitgliedskommunen Leistungen zahlt, die anderswo aus dem Landeshaushalt finanziert werden. Bisher ist ein erfolgreiches Gespräch in Düssel- dorf nicht zu erkennen.

Grüne Hauptstadt Europas

Das Dekadenprojekt, Umwelthauptstadt Europa zu werden, ist inzwischen verküm- mert zum Projekt einer "Dekade der Projekte". Siehe hierzu den separaten Beitrag "Dekade der Projekte" auf Seite 6.

Novellierung des RVR-Gesetzes

Die Kommunalwahlen am 25. Mai 2014 kommen näher, erste Fristen für die Kandi- datenaufstellungen laufen. Dennoch ist eine notwendige Novellierung des RVR- Gesetzes nicht erfolgt. Nicht nur Wünschenswertes, auch verfassungsrechtliche ge- botene Änderungen bleiben derzeit auf der Strecke. Hierzu findet sich mehr im um- seitigen Bericht „Novellierung des RVRG stockt“.

Novellierung des RVRG stockt

Die Region muss sich zunächst selber organisieren

Am 15. März 2013 hat das sogenannte Ruhrparlament fraktionsübergreifend einen wegweisenden Beschluss gefasst, wie es seiner Meinung nach mit dem Regionalverband Ruhr weitgehen soll. Getreu der einstigen Mahnung von Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers hat die Region erst einmal gemeinsam selbst erklärt, was sie will. Das Ergebnis ist die Resolution "Aufgaben konkretisieren - Strukturen optimieren – Metropole stärken" – siehe nachfolgende Seiten 16ff.

Bisher liegt seitens der Landesregierung keine Antwort auf die Forderungen der Metropole Ruhr vor. Erschreckt zeigen sich jedoch einige Regionalräte im Land. Die CDU-Fraktion im Regionalrat Detmold beteiligte sich sogar an einer Gegen-Resolution. Das ist insbesondere bedauerlich, da vorher nicht einmal das Gespräch gesucht wurde. Viele Missverständnisse bestehen im Zusammenhang mit der gefassten Resolution. Es werden sogar Forderungen abgelehnt, die die Region überhaupt nicht erhoben hat. Der Regionalverband Ruhr (RVR) als sondergesetzlicher Verband mit eigenem Haushalt ist weder mit den Regionalräten als Beiräte bei staatlichen Behörden noch mit den Landschaftsverbänden in ihrem engen Zuständigkeitsbereich vergleichbar.

Der RVR als Gebietskörperschaft hat eine fast 100-jährige Geschichte

Hier einige Punkte zur Klarstellung:

Der RVR mit seinen Vorgängerinstitutionen, dem Kommunalverband Ruhr (KVR) und dem Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk (SVR), wurde 1920 - also vor fast 100 Jahren - gegründet und hatte bis 1975 als damalige Landesbaubehörde Ruhr die Kompetenz für Regionalplanung. Diese wurde ihm 2007 durch die CDU/FDP-geführte Landesregierung unter Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers wieder zurückgegeben.

Der RVR hat nach Gesetz eine Vielzahl an Aufgaben. Er ist nicht erst mit der Rückübertragung der Planungskompetenz gegründet worden. Politisch versteht er sich als Sprachrohr der Region gegenüber den verschiedenen staatlichen Ebenen und als Interessenvertreter bei den europäischen Institutionen.

Der RVR bildet eine Plattform für eine stärkere, interkommunale Zusammenarbeit seiner 53 Mitgliedskommunen. Aus Haushaltsgründen aller Kommunen und zwecks Effizienzsteigerung ist dies nur wünschenswert. Mit der Resolution fordert der RVR, dass er als Zweckverband mit allen Aufgaben entsprechend dem Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit tätig werden darf.

**RVR muss wie ein
Zweckverband
handeln können**

Die CDU-Fraktion im RVR sieht die Positionierung des Verbands nicht nur in Einklang mit den Beschlüssen des Bezirksparteitags der CDU Ruhr (zuletzt 21.09.2012), sondern auch den Beschlüssen der Landesparteitage von 1996 (Münster) und von 2005 (Bochum). Die CDU-Landtagsfraktion hat die Unterstützung der Initiative des RVR beschlossen.

**Im Einklang mit den
Beschlüssen der
CDU-Landesparteitage**

Die aktuelle Initiative des RVR richtet sich gegen niemanden - besonders nicht gegen Nachbarregionen, in deren Rechte nicht eingegriffen wird. Die Region will sich selbst organisieren können. Wenn andere Regionen gleiche Ziele verfolgen, spricht nichts dagegen. Der Beschluss der RVR-Verbandsversammlung stellt Rechte und Aufgaben weder der Bezirksregierungen noch der Landschaftsverbände infrage. Auch das Verhältnis zur Landesebene bleibt im Grundsatz unberührt, eine zusätzliche Übertragung staatlicher Aufgaben wird weder angesprochen noch gefordert.



Haus der Metropole Ruhr, Essen—Sitz des Regionalverbands Ruhr

Aufgaben konkretisieren Strukturen optimieren Metropole stärken

Wir wollen die Metropole Ruhr stärken. Dazu müssen wir mehr Gemeinsamkeit in der Metropole Ruhr erreichen und das Zusammenwirken der Städte und Kreise auf ein solides Fundament stellen. Wir sind davon überzeugt: Nur ein in seinen Aufgaben und Strukturen zukunftsgerecht aufgestellter Regionalverband Ruhr kann gemeinsam mit den Kommunen und Kreisen die anstehenden Herausforderungen angemessen bewältigen und neue Impulse für die Region setzen. Dabei ist die Vernetzung der Städte und Kreise innerhalb der Metropole Ruhr ebenso von Bedeutung wie funktionierende Beziehungen in das angrenzende Umland.

Das haben wir geschafft!

Die regionale Zusammenarbeit und Kooperation in der Metropole Ruhr hat sich in den vergangenen Jahren verstärkt und verfestigt. Mit der Reform des KVR-Gesetzes im Jahr 2004 ist dem Regionalverband Ruhr (RVR) zur Erledigung seiner Aufgaben ein größerer Gestaltungsspielraum für die interkommunale Zusammenarbeit eingeräumt worden. Mit dem Gesetz zur Übertragung der Regionalplanung für die Metropole Ruhr auf den Regionalverband Ruhr im Jahr 2007 konnte das Aufgabenspektrum des Verbandes weiter gestärkt werden. Erstmals nach über 30 Jahren eröffnete dieses Gesetz wieder die Möglichkeit, Planung aus einem Guss für die Metropole Ruhr zu machen. Im Jahr 2008 hat die RVR-Verbandsversammlung mit der einstimmig verabschiedeten Resolution "Der RVR gestaltet, plant und baut die Metropole Ruhr" die neuen Aufgaben und die Funktion des Verbandes bekräftigt.

Deswegen wollen wir nun weiter gehen!

In den vergangenen fünf Jahren haben sich auf der regionalen Handlungsebene insbesondere die Themen Wirtschaft, Mobilität, Bildung/Forschung, Ökologie, Energie, Kultur, Tourismus, Freizeit, Leben und Wohnen als übergreifende Herausforderungen erwiesen, die idealerweise verstärkt auch in regionaler Zusammenarbeit angegangen werden sollten.

Für diese strategisch bedeutsamen Themenfelder besteht bereits eine teilweise Aufgabenkompetenz des RVR, wie zum Beispiel in den Bereichen Wirtschafts- und Tourismusförderung. Die regionale Arbeit im RVR in den letzten Jahren hat aber auch gezeigt, dass die bestehende, gesetzlich geregelte Aufgabenkompetenz des RVR nicht ausreicht, um mit den regionalen Herausforderungen angemessen umzugehen.

Da wollen wir hin!

Dem RVR muss ermöglicht werden, kommunale **Aufgaben oder Auftragsangelegenheiten** für

Mitgliedskörperschaften wie ein Zweckverband nach dem Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit zu übernehmen und zu erledigen. Dabei kann es sich sowohl um (Pflicht-) Aufgaben für das gesamte Verbandsgebiet als auch nur für einzelne Mitgliedskommunen handeln. Beispielhaft seien hier die Bewerbung und die Trägerschaft von für Kommunen ausgelobten Wettbewerben und Projekten (Kulturhauptstadt, Green Capital etc.) oder eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung des Katasterwesens genannt.

Im Themenfeld **Verkehr und Mobilität** muss der Verband bei der Verkehrs- und Infrastrukturplanung von überörtlicher Bedeutung- gemeinsam mit Straßen NRW sowie den entsprechend zuständigen Verkehrs- bzw. Zweckverbänden-mitwirken können, insbesondere mit Blick auf den SPNV. Die Koordinierung- und auch die zeitliche Synchronisierung- der Bedarfsplanung integrierter Regionalverkehre bzw. städteübergreifender Verkehre, Förderung neuer integrierter Mobilitätsangebote sowie institutionelle Kooperationsmodelle für regionale Bus- und Fahrradverkehre sollen künftig Aufgabe des RVR sein.

Für die Gestaltung regionaler **Energie- und Abfallpolitik** und zur Erstellung eines sachlichen Teilplans Energie braucht der RVR entsprechende Zuständigkeiten. Bei regional bedeutsamen Projekten und Vorhaben zur Förderung und Umsetzung der Ziele des **Klimaschutzes** muss der Verband beteiligt werden.

Dem RVR muss bei einer **wirtschaftlichen Betätigung** über seine gesetzlichen Pflichtaufgaben hinaus der gleiche Rahmen ermöglicht werden, der auch den Mitgliedskommunen und -kreisen zugestanden wird. Nur so ist auch die Übernahme dieser Aufgaben für Mitgliedskommunen möglich.

Bei den Gesprächen auf Landesebene über die regionale Verteilung und Priorisierung von **Fördermitteln** muss der RVR rechtzeitig formell wie informell beteiligt werden, um den spezifischen Gebietszuschnitt der Metropole Ruhr als einheitlichen Förderraum ausreichend zu gewährleisten. Der RVR übernimmt dabei die Aufgabe einer gleichwertigen Regionalratsgeschäftsstelle.

Bei **Europaangelegenheiten**, insbesondere bei Förderstrukturen und Mittelakquisition, muss die regionale Vernetzung (u. a. Beratung der Kreise und Kommunen im RVR, gemeinsame Stellungnahmen der Region, Präsentation der Region in Europa) weiter ausgebaut und optimiert werden. Dazu gehört auch eine bessere Vernetzung mit den europäischen Institutionen.

Ebenso muss nach dem Kulturhauptstadtjahr 2010 die Vernetzung der regionalen **Kultur** fortgeführt und die Kooperation der Route der Industriekultur mit den rheinisch- westfälischen Industriemuseen verstärkt werden.

Unter dem Leitmotiv „**Lebenswerte Metropole Ruhr**“ muss der RVR als regionale Klammer mit seiner Bündelungs- und Moderationsrolle sowie seiner regionalplanerischen Kompetenz die Region als Lebens-, Wohn-, Sport- und Bildungs- bzw.- Wissensregion stärken und nach innen und außen profilieren.

Derzeit finanziert sich der RVR durch eine Umlage seiner Mitgliedskommunen. Aufgrund seiner besonderen regionalen Funktion und Stellung soll der RVR in die Lage versetzt werden, zur

Erfüllung seiner Aufgaben Empfänger von allgemeinen Zuweisungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz NRW (GFG) sein zu können. Unabhängig davon, wie die Diskussion um das GFG im Weiteren geführt wird, soll lediglich die Möglichkeit dieser Form der Finanzierung eröffnet werden, um künftig in dieser Frage handlungsfähig zu sein. Klar ist, dass dabei der RVR und die Städte und Kreise im RVR nicht zu Lasten von GFG-Empfängern außerhalb des Verbandsgebietes besser gestellt werden dürfen.

Ein solides Fundament schaffen!

Wenn der RVR als regionale Klammer der Metropole Ruhr in seinen Aufgaben und Kompetenzen gestärkt wird, sollte sich auch die Legitimationsbasis der Mitglieder der Verbandsversammlung verändern. Daher sollten - soweit möglich bereits zur nächsten Kommunalwahl - die Mitglieder der RVR-Verbandsversammlung im Wege der Listenwahl für das gesamte Wahlgebiet (Fläche des RVR-Verbandsgebietes) direkt gewählt werden. Dabei ist ein Verhältnisausgleich zu berücksichtigen, damit sichergestellt ist, dass die Zusammensetzung der Verbandsversammlung das Ergebnis der Wahlen zu diesem Gremium abbildet (mindestens 50 Sitze über Liste, 15 Hauptverwaltungsbeamte und Verhältnisausgleich, um eine der Region angemessenen Gremiengröße zu erreichen).

Aber nicht nur das Wahlverfahren, sondern auch die internen Strukturen des RVR bedürfen der Veränderung. Die Aufgaben des Verbandsausschusses sollen weiterhin den bisherigen Regelungen entsprechen, zusätzlich soll er jedoch auch Dringlichkeitsentscheidungen treffen können. Daneben arbeiten wie bisher die jeweiligen Fachausschüsse. Der neu einzurichtende Kommunalausschuss wird durch die Hauptverwaltungsbeamten (Oberbürgermeister und Landräte) gebildet. Dieser Ausschuss soll die Angelegenheiten von kommunaler Relevanz, interkommunale Kooperationen und weitere Themen, die in erster Linie mit den Belangen der kreisfreien Städte und Kreise zusammenhängen, beraten. Daneben sollen künftig so genannte Beigeordnetenkonferenzen eingerichtet werden, die als regionale Facharbeitskreise fungieren.

Um Augenhöhe mit den Hauptverwaltungsbeamten im Ruhrgebiet zu gewährleisten, soll die Bezahlungssituation der Verbandsspitze entsprechend angepasst werden.

Über diese politischen Festlegungen hinaus gibt es auch weiteren vornehmlich redaktionellen Änderungsbedarf am RVR-Gesetz, der bereits in der RVR-Drucksache Nr. 12/0678 dokumentiert ist.

So geht es weiter!

Die Regionaldirektorin wird beauftragt, diese Resolution an den Landesgesetzgeber weiterzuleiten, um die Vorstellungen der Region zur Novellierung des RVR-Gesetzes einzubringen.

Beschlossen von der Verbandsversammlung des Regionalverbands Ruhr am 15. März 2013.

Mitglieder der CDU-Fraktion im RVR



Sachkundige Bürger

Regina van Dinther MdL (Kultur- und Sportausschuss)
 Dr. Hans-Dieter Fischer (Kultur- und Sportausschuss)
 Hanslothar Kranz (Umweltausschuss)

Stellvertreter

Johannes Brands (Kultur- und Sportausschuss)
 Dr. Jürgen Kämpgen (Kultur- und Sportausschuss)
 Jürgen Böhm* (Umweltausschuss)
 Dirk Schmidt (Fraktionsgeschäftsführer)

* U. a. die Wiederholungswahl in Dortmund führt zu einigen Änderungen. Jürgen Böhm rückte 2011 für Frank Hengstenberg nach. Reinhard Frank rückte 2012 für Thomas Pisula nach. Laut Beschluss des Rats wird jetzt wieder Thomas Pisula anstelle von Jürgen Böhm entsandt.

** Aufgrund der Abwahl von OB Adolf Sauerland entsandte die Stadt Duisburg im Anschluss Frank Heidenreich.

Name	Ausschüsse	Aufsichts- und Verwaltungsräte
Bovenkerk, Udo Stellv. Vorsitzender	ordentl. Mitglied im Verbandsausschuss ordentl. Mitglied im Planungsausschuss, Sprecher stellv. Mitglied im BA Ruhr Grün stellv. Mitglied im Umweltausschuss stellv. Mitglied im Wirtschaftsausschuss	ordentl. Mitglied im Verwaltungsrat Freizeitzentrum Xanten GmbH
Bremerich, Günter	ordentl. Mitglied im Kultur- und Sportausschuss. Sprecher Sport stellv. Mitglied im BA Route der Industriekultur stellv. Mitglied im Planungsausschuss stellv. Mitglied im Wirtschaftsausschuss stellv. Mitglied im Verbandsausschuss	ordentl. Mitglied im Verwaltungsrat Revierpark Wischlingen GmbH
Dehm, Jörg	stellv. Mitglied im Verbandsausschuss stellv. Mitglied im Wirtschaftsausschuss	ordentl. Mitglied im Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderung metropol Ruhr GmbH
Finke, Ulrich	Sprecher im Umweltausschuss ordentl. Mitglied im BA Ruhr Grün stellv. Mitglied im Planungsausschuss stellv. Mitglied im Verbandsausschuss	ordentl. Mitglied im Verwaltungsrat der Revierpark Gysenberg GmbH ordentl. Mitglied im Aufsichtsrat AGR ordentl. Mitglied in der Verbandsversammlung EkoCity
Frank, Reinhard	ordentl. Mitglied im BA Route der Industriekultur ordentl. Mitglied im Wirtschaftsausschuss stellv. Mitglied im Verbandsausschuss stellv. Mitglied im BA Ruhr Grün	ordentl. Mitglied im Verwaltungsrat der Umweltzentrum Westfalen GmbH
Gräfingholt, Lothar	Sprecher im Kultur- und Sportausschuss ordentl. Mitglied im BA Route der Industriekultur stellv. Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss stellv. Mitglied im Umweltausschuss stellv. Mitglied im Verbandsausschuss	ordentl. Mitglied im Aufsichtsrat der Kultur Ruhr GmbH
Hegemann MdL, Lothar stv. Vorsitzender VV	1. stellv. Vorsitzender im Verbandsausschuss ordentl. Mitglied im Umweltausschuss	ordentl. Mitglied im Aufsichtsrat der AGR
Heidenreich, Frank	ordentl. Mitglied im Kultur- und Sportausschuss stellv. Mitglied im Planungsausschuss stellv. Mitglied im Wirtschaftsausschuss	
Hirschfelder, Hermann	Sprecher im Wirtschaftsausschuss ordentl. Mitglied im BA Ruhr Grün	ordentl. Mitglied im Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderung metropol Ruhr GmbH
Hovenjürgen MdL, Josef 1. Stellvertretender Vorsitzender	ordentl. Mitglied im Verbandsausschuss ordentl. Mitglied im Planungsausschuss stellv. Mitglied im Umweltausschuss stellv. Mitglied im Wirtschaftsausschuss	ordentl. Mitglied in der Verbandsversammlung EkoCity ordentl. Mitglied im Verbandsrat EkoCity
Hunsteger-Petermann, Thomas		
Jasperneite, Wilhelm	stellv. Vorsitzender des Planungsausschusses stellv. Mitglied im Verbandsausschuss stellv. Mitglied im Wirtschaftsausschuss	ordentl. Mitglied im Aufsichtsrat der Maximilianpark Hamm GmbH ordentl. Mitglied im Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderungsgesellschaft metropol Ruhr GmbH stellv. Mitglied im Verwaltungsrat der Freizeitzentrum Kemnade GmbH
Kamps, Heinz-Peter	ordentl. Mitglied im Umweltausschuss stellv. Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss stellv. Mitglied im Planungsausschuss stellv. Mitglied im Verbandsausschuss stellv. Mitglied im Wirtschaftsausschuss	ordentl. Mitglied im Aufsichtsrat AGR stellv. Mitglied in der Verbandsversammlung EkoCity
Kutzner, Uwe Stellv. Vorsitzender	Vors. des Ausschusses für Rechnungsprüfung ordentl. Mitglied im Verbandsausschuss stellv. Mitglied im BA Route der Industriekultur stellv. Mitglied im Planungsausschuss stellv. Mitglied im Wirtschaftsausschuss	ordentl. Mitglied im Verwaltungsrat der Revierpark Nienhausen GmbH ordentl. Mitglied im Aufsichtsrat der Ruhr Tourismus GmbH stellv. Mitglied im Verwaltungsrat der Freizeitzentrum Kemnade GmbH

Name	Ausschüsse	Aufsichts- und Verwaltungsräte
Prof. Dr. Lammert MdB, Norbert	stellv. Mitglied im Verbandsausschuss	ordentl. Mitglied im Aufsichtsrat der Kultur Ruhr GmbH
Lind, Oliver	ordentl. Mitglied im BA Route der Industriekultur/ stellv. Vorsitzender ordentl. Mitglied Rechnungsprüfungsausschuss stellv. Mitglied im Planungsausschuss stellv. Mitglied im Wirtschaftsausschuss stellv. Mitglied im Kultur- und Sportausschuss	ordentl. Mitglied im Verwaltungsrat Re- vierpark Nienhausen
Lunemann, Michael	ordentl. Mitglied im BA Ruhr Grün stellv. Mitglied im Kultur- und Sportausschuss stellv. Mitglied im Umweltausschuss	stellv. Mitglied im Verwaltungsrat Frei- zeitzentrum Kemnade GmbH
Michels, Wolfgang	ordentl. Mitglied im Wirtschaftsausschuss ordentl. Mitglied Rechnungsprüfungsausschuss stellv. Mitglied im Planungsausschuss stellv. Mitglied im Umweltausschuss stellv. Mitglied im Verbandsausschuss	ordentl. Mitglied im Aufsichtsrat der Ruhr Tourismus GmbH
Mitschke, Roland Vorsitzender	Vors. des Wirtschaftsausschusses ordentl. Mitglied Verbandsausschuss, Sprecher stellv. Mitglied im Planungsausschuss	ordentl. Mitglied im Aufsichtsrat AGR stellv. Mitglied in der Verbands- ersammlung EkoCity
Nakot, Werner	Vorsitzender des und Sprecher im BA Ruhr Grün ordentl. Mitglied im Umweltausschuss stellv. Mitglied im BA Route der Industriekultur stellv. Mitglied im Kultur- und Sportausschuss stellv. Mitglied im Verbandsausschuss	ordentl. Mitglied im Verwaltungsrat Re- vierpark Vonderort GmbH
Partenheimer, Gabriele	ordentl. Mitglied im Planungsausschuss ordentl. Mitglied Rechnungsprüfungsausschuss stellv. Mitglied im BA Route der Industriekultur stellv. Mitglied im Umweltausschuss stellv. Mitglied im Kultur- und Sportausschuss stellv. Mitglied im Verbandsausschuss	ordentl. Mitglied im Verwaltungsrat Re- vierpark Vonderort GmbH
Pisula, Thomas	ordentl. Mitglied des Planungsausschusses ordentl. Mitglied des Verbandsausschuss stellv. Mitglied im BA Ruhr Grün	
Schick, Norbert	ordentl. Mitglied im Planungsausschuss stellv. Mitglied im BA Ruhr Grün stellv. Mitglied im BA Route der Industriekultur stellv. Mitglied im Kultur- und Sportausschuss stellv. Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss stellv. Mitglied im Verbandsausschuss	
Wöll, Werner	Vors. des BA Route der Industriekultur ordentl. Mitglied im Wirtschaftsausschuss stellv. Mitglied im Planungsausschuss stellv. Mitglied im Umweltausschuss stellv. Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss	ordentl. Mitglied im Verwaltungsrat Freizeitzentrum Kemnade GmbH

Impressum

V. i. S. d. P.: CDU-Fraktion im RVR, Dirk Schmidt, Kronprinzenstraße 35, 45128 Essen — 17.10.2013

Bildnachweis

S. 1 Tim Wollenhaupt; S. 4, 9, 10,17 Dirk Schmidt; S. 7 RTG/Nielinger; S. 13, 21 CDU-Fraktion im RVR/Dirk Schmidt

Diese Broschüre dient der Öffentlichkeitsarbeit der CDU-Fraktion in der Verbandsversammlung des Regionalverbands RVR, kurz: CDU-Fraktion im RVR. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen bzw. Wahlbewerbern zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt unberührt.



Holen Sie sich Informationen aus erster Hand!

CDU-Fraktion im RVR

Die Email-Adresse der Geschäftsstelle der CDU-Fraktion im RVR

cdu-fraktion@rvr-online.de

CDU Ruhr

Die Internetseite der CDU Ruhr mit den Pressemitteilungen und Berichten der CDU-Fraktion im RVR

www.cdu-ruhr.de

Regionalverband Ruhr

Die Internetseite des Regionalverbands Ruhr mit Links zu weiteren Einrichtungen

www.rvr-online.de

**Ihr Kontakt bei der
CDU-Fraktion im RVR:**

0201 - 2069 200 oder

cdu-fraktion@rvr-online.de



Metropole Ruhr: Region der neuen Chancen